

Kleine Anfrage 413

des Abgeordneten Christoph Schulze
fraktionslos

an die Landesregierung

BER - tatsächlich auf das Land Brandenburg zukommende Mehrkosten – endlich Klarheit schaffen!

Durch seine Äußerungen in der 11. Kalenderwoche des Jahres 2015 hat der scheidende Geschäftsführer der Flughafengesellschaft FBB, Herr Mehdorn, Irritationen ausgelöst. Herr Mehdorn hatte verlautbart, dass die bisher veranschlagten 5,4 Milliarden € nur die Nettokosten sind und dass dort in diesen Kosten noch zahlreiche weitere Kostenpositionen, die nach seiner Auffassung zwangsweise auf Flughafengesellschaft und –gesellschaften zukommen, nicht dargestellt sind. Nunmehr ist zu konstatieren, dass die Frage von Mehrkosten bereits seit mehr als einem Jahr im BER-Sonderausschuss sowohl in der 5. Wahlperiode, als auch in der 6. Wahlperiode eine Rolle spielt. Immer wieder gab es Nachfragen von Abgeordneten und Fraktionen zu den tatsächlichen Mehrkosten. Insbesondere, weil in den Medien mal von 1,1 Milliarden € Mehrkosten die Rede war, dann von 2,2 Milliarden und dass angeblich 2,2 Milliarden € Zuschuss für die Flughafengesellschaft bei der EU beantragt werden sollen. Mit den Äußerungen von Herrn Mehdorn ist das Chaos nun komplett. Herr Görke, aber auch andere höchst verantwortliche Politiker der Landesregierung Brandenburg haben im BER-Sonderausschuss immer wieder nachhaltig bestritten, ausweislich der Protokolle, dass sie keine Mehrkosten auf das Land Brandenburg zukommen sehen und dass auch nicht im Landeshaushalt etatisiert werden muss, weil das alles nur Gerüchte und Spekulationen sind, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben.

Nunmehr hat der scheidende Geschäftsführer aber die Katze aus dem Sack gelassen und Klartext geredet und nunmehr kann die Öffentlichkeit und der Landtag Brandenburg von der Landesregierung erwarten, dass sie deutlich macht, welche Mehrkosten auf den Landeshaushalt zukommen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Mit wie viel Mehrkosten für den BER rechnet die Landesregierung?

2. Welches Ministerium führt federführend die Kontrolle und die Verhandlungen mit der Flughafengesellschaft bezüglich Zuschüssen, Finanzen und Mehrkosten?
3. Welches Ministerium des Landes Brandenburg ist federführend für die Beantragung von zusätzlichen Subventionen für die Flughafengesellschaft bei der EU zuständig?
4. Gibt es bereits einen laufenden Vorgang der EU-Notifizierung von weiteren Zuschüssen für die Flughafengesellschaft FBB? Wenn ja, seit wann und in welcher Höhe soll was bei der EU beantragt werden?
5. Was ist die Position des Landes Berlin und des Bundes?
6. Wie verbindet sich eine erneute Beantragung von Subventionen für den BER zur Aufrechterhaltung der Liquidität und der Investitionstätigkeit mit den Ergebnissen des Private-Investor –Tests (PIT) aus dem Jahre 2012 und den dort niedergelegten Fakten und Sachverhalten im Hinblick auf die Höhe, Zulässigkeit und vor allem Wirtschaftlichkeit der Subventionen?
7. Wann gedenkt die Landesregierung den Landtag Brandenburg endlich und umfassend über die Finanzmisere am Flughafen BER und die Konsequenzen für den Landeshaushalt zu unterrichten?